

Auslagerung in die Selbsthilfegruppe

ANALYSE Rat will die Zukunft der städtischen Kultur einem Arbeitskreis anvertrauen

Die Beiträge wurden engagiert und mit großer Inbrunst vorgetragen. Es ging immerhin um Leverkusens Kultur. Die darf nicht kaputtgespart werden, da sind sich alle einig. Da gilt es, zarte Pflänzchen zu hegen und kräftig tragende Bäume nicht allzu sehr zu stützen. Und weil jeder einen anderen Plan hat, soll es einen gemeinsamen Kulturentwicklungsplan geben, der allen Orientierung geben soll. So meinte es die SPD und beantragte eine Fortschreibung des alten, nie wirklich umgesetzten Planes.

Davor warnte Kulturdezernent Marc Adomat, der zunächst drohende externe Kosten als Gegenargument ins Feld führte, nun von einem falschen Zeitpunkt sprach

und schließlich befand, über die Arbeit der Kulturstadt Leverkusen könnten die Politiker ja ohnehin jedes Jahr bei der Beschließung des Wirtschaftsplanes mitreden. Mehr Diskussion sei gegenwärtig nicht nötig – jedenfalls nicht so lange, wie der künftige Finanzrahmen für die Kultur nicht abgesteckt sei.

Dem pflichteten sogleich die Vertreter von CDU, FDP und Grünen bei. Das Pferde werde von hinten aufgezümt, ein solcher Entwicklungsplan drohe zu einem Sparpapier zu werden. CDU-Fraktionsvorsitzender Thomas Eimermacher giftete gegen das ungeliebte Wirtschaftlichkeitsgutachten der Prüfer von KPMG, ein Papier, das „gerade gut genug für die Papiertonne“ sei. Kulturausschuss-

vorsitzende Roswitha Arnold (Grüne) warf der SPD vor, blindlings sparen zu wollen. „Wir müssen den Kahlschlag abwehren.“

SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Ippolito versuchte, den Antrag seiner Stellvertreterin Heike Bunde zu retten: „Realistische Ziele zu definieren, ist für uns unverzichtbar. Ich muss doch wissen, wofür ich das Geld ausgeben will. Dann kann ich die Kosten abschätzen.“

Ob es nun ums Sparen oder mehr um dessen Verhindern gehen sollte, ums Bewahren oder Entwickeln – die gegenseitigen Verdächtigungen im Rat ließen erahnen, dass gepflegte Besitzstandswahrung im Kulturbereich keine untergeordnete Rolle in diesem Ringen spielt. Und was Bernhard Marewski

(CDU) schließlich als weisen Kompromiss vorschlug, wird auch erst seine Produktivität erweisen müssen: Nun sollen die kulturpolitischen Sprecher der Ratsfraktionen jene Aktion „Kultur im Dialog“ ergänzen und befruchten, aus der bisher keine konstruktiven Vorschläge bekannt geworden sind, die aber die Kulturstadt Leverkusen unter dem Strich vor allem durch mehr Wirtschaftlichkeit handlungsfähig erhalten soll.

Die alte Taktik in verfahrenen Verhandlungen, „Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründ' ich einen Arbeitskreis“ wird erneut probiert. Erfolgreich zunächst. Die SPD zog ihren Antrag zurück.